



## **Haushalts- und Finanzausschuss**

### **65. Sitzung (öffentlich)**

10. September 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:35 Uhr

Vorsitz: Martin Börschel (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

	<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>7</b>
<b>1</b>	<b>Gespräch mit dem Vorstand der Portigon AG (s. Anlage 1)</b>	<b>8</b>
	<u>In Verbindung mit:</u>	
<b>12</b>	<b>Sachstand Cum-Ex-Ermittlungen bei der Portigon AG (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 5])</b>	
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/3832	
	– Bericht durch die Portigon AG	8
	– Wortbeiträge	14

- 2 Bildungsgerechtigkeit herstellen und Lehrkräftemangel gemeinsam bekämpfen – Alle Akteure an einen Tisch!** **25**
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/7541
- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an ASB)
- Wortbeiträge **25**
- Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen von SPD und Grünen lehnt der Ausschuss den Antrag ab.
- 3 Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung „Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten 2020“** **26**
- Vorlage 17/3791  
Drucksache 17/10799
- Wortbeiträge **26**
- 4 Gesetz zur Isolierung der aus COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten und zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit sowie zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Vorschriften** **27**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/9829  
Ausschussprotokoll 17/1093 (Anhörung vom 21.08.2020)
- Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/10200
- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an AHKBW)
- Wortbeiträge **27**
- Mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimme der AfD sowie bei Stimmenthaltung der SPD stimmt der Ausschuss dem Änderungsantrag zu.
- Mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimme der AfD sowie bei Stimmenthaltung der SPD stimmt der Ausschuss dem geänderten Gesetzentwurf zu.

**5 Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen 29**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/9801

– Verfahrensabsprache (Beteiligung an Anhörung des federführenden HPA)

– Wortbeiträge 29

Der Ausschuss beschließt, sich nachrichtlich an der Anhörung im federführenden Ausschuss zu beteiligen.

**6 Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses gemäß § 31 Abs. 2 Nachtragshaushaltsgesetz 2020 zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise 30**

Vorlage 17/3841

Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD: Bereitstellung von Mitteln für lokale Bürgerzentren freier Träger (s. *Anlage 2 Ziffer 7*)

Vorlage 17/3814

Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD: 12 Mio. Euro für Projekte zur Verringerung des Abstands zwischen bildungsnahen und bildungsfernen Schülerinnen und Schüler (s. *Anlage 3 Ziffer 1*)

Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD: 70 Mio. Euro Weiterbildungseinrichtungen in anderer Trägerschaft (als der Kommunen) (s. *Anlage 3 Ziffer 2*)

Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD: Verlängerung des Programms für gemeinnützige Vereine des Brauchtums bis zum 1. März 2021 und Aufstockung um 10 Mio. Euro (s. *Anlage 3 Ziffer 3*)

– Wortbeiträge 30

**Vorlage 17/3841 „Außerschulische Bildungs- und Betreuungsangebote in Coronazeiten im Jahr 2020“ 30**

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/3841 zu.

**Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD „Bereitstellung von Mitteln für lokale Bürgerzentren freier Träger“ (s. Anlage 2 Ziffer 7) 32**

**Vorlage 17/3814**

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen von SPD und Grünen lehnt der Ausschuss den Maßnahmenvorschlag der SPD ab.

**Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD „12 Mio. Euro für Projekte zur Verringerung des Abstands zwischen bildungsnahen und bildungsfernen Schülerinnen und Schüler“ (s. Anlage 3 Ziffer 1) 32**

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen sowohl bei Stimmenthaltung der AfD lehnt der Ausschuss den Maßnahmenvorschlag der SPD ab.

**Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD „70 Mio. Euro Weiterbildungseinrichtungen in anderer Trägerschaft (als der Kommunen)“ (s. Anlage 3 Ziffer 2) 33**

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen sowohl bei Stimmenthaltung der AfD lehnt der Ausschuss den Maßnahmenvorschlag der SPD ab.

**Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD „Verlängerung des Programms für gemeinnützige Vereine des Brauchtums bis zum 1. März 2021 und Aufstockung um 10 Mio. Euro“ (s. Anlage 3 Ziffer 3) 33**

Mit den Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD lehnt der Ausschuss die Verlängerung des Programms bis zum 1. März 2021 ab.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen sowie bei Stimmenthaltung der AfD lehnt der Ausschuss die Aufstockung des Programms um 10 Millionen Euro ab.

**7 Länderöffnungsklausel für eine zukunftsfähige Grundsteuer in NRW nutzen – Bodenwertmodell jetzt umsetzen 38**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/10625

In Verbindung mit:**Sachstand Grundsteuer** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD  
[s. Anlage 4]*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/3834

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen  
Anhörung im Umfang von zwei Sachverständigen pro  
Fraktion.

– Wortbeiträge 38

- 8 Nein zu Enteignungsphantasien, zu einmaligen Zwangsvermögens-  
abgaben und zu einer Wiedererhebung der Vermögenssteuer.  
Diskussionen über derartige Maßnahmen sind Gift für einen not-  
wendigen Aufschwung nach der Corona-Krise** 40

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/9376

– Wortbeiträge 40

- 9 Abfluss der Mittel für die Ruhrkonferenz** (*Bericht beantragt von der  
Fraktion der SPD [s. Anlage 4]*) 42

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/3830

– Wortbeiträge 42

- 10 Sachstand Bundesratsinitiative Grunderwerbsteuer** (*Bericht beantragt  
von der Fraktion der SPD [s. Anlage 4]*) 44

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/3831

– Wortbeiträge 44

<b>11 WestSpiel-Privatisierung</b> ( <i>Bericht beantragt von der Fraktion der SPD</i> <i>[s. Anlage 4]</i> )	<b>46</b>
Bericht der Landesregierung Vorlage 17/3833	
– Wortbeiträge	46
<b>13 Verschiedenes</b>	<b>50</b>

\* \* \*

#### **4 Gesetz zur Isolierung der aus COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten und zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit sowie zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/9829  
Ausschussprotokoll 17/1093 (Anhörung vom 21.08.2020)

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/10200

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an AHKBW)

*(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/9829 an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen – federführend – und den Haushalts- und Finanzausschuss am 24.06.2020)*

**Vorsitzender Martin Börschel** leitet ein, der federführende Ausschuss habe im August eine Anhörung durchgeführt. Gegenstand der Anhörung sei auch ein Änderungsantrag von CDU und FDP gewesen. Über diesen Änderungsantrag werde ebenfalls abgestimmt.

**Monika Düker (GRÜNE)** sagt, sie habe eine Nachfrage zum Sachverhalt Kommunen und Rettungsschirm. In den letzten Tagen habe es eine Diskussion über den Ausfall der Gewerbesteuer gegeben. Hierzu gebe es eine einvernehmliche Regelung für 2020, wonach Bund und Länder jeweils zur Hälfte den Ausfall ersetzen. Aus den Kommunen werde die Forderung immer lauter, dass das Problem 2021 nicht erledigt sein werde. Dies wisse jeder. Mit der Steuerschätzung am heutigen Tage werde man sicherlich schlechte Nachrichten für das Land bekommen. Insofern interessiere sie der Sachstand in den Bund-Länder-Gesprächen.

**Minister Lutz Lienenkämper (FM)** antwortet, für 2021 gebe es keinen aktuellen Sachstand. Nordrhein-Westfalen habe seinen Haushalt 2021 noch nicht beschlossen. Insofern gebe es auch auf Landesebene keine Neuigkeiten.

Er stimme der Abgeordneten Düker zu, die Erwartungen an die heutige Steuerschätzung seien ausgesprochen negativ.

Mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimme der AfD sowie bei Stimmenthaltung der SPD stimmt der Ausschuss dem Änderungsantrag zu.

Mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimme der AfD sowie bei Stimmenthaltung der SPD stimmt der Ausschuss dem geänderten Gesetzentwurf zu.